

Die Zeitung erscheint täglich Abends. — Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Inserionsgebühr für den Raum einer Seite 2 Rgr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Spanien. Δ Paris. Wahlbewegung. Barcelona (Säumigkeit der Contribuenten etc.).

Großbritannien. Die Morning Post droht wegen der „Verträge“.

Frankreich. Verlesung des Adressentwurfs der Pairskammer und Beginn der Debatten über denselben. Die „Phrase“ im Adressentwurf der Deputirtenkammer angenommen. Taktik der „Presse“ gegen England. * Paris. Neues Schielen nach Deutschland.

Belgien. Eisenbahneinnahme.

Deutschland. † Vom Rhein. Carnevals- und Staatsfreiheit. † München. Ueber die Verhandlungen der 11. Sitzung. * Dresden. Statistik der Abstimmung über die Criminalproceßordnung. Göttingen. Untersuchung gegen einen Professor.

Preußen. Vom Niederrhein. Die Koblenzer Wahlen. — Die Feier des 21. Januar. * Von der Spree. Offenherzigkeit der „guten“ Presse. † Berlin. Fest des Gewerbevereins. Ueber Orden. † Berlin. Dr. Jacoby's Freisprechung. Bauunglück. * Königsberg. Erlaß des Kriegsministers (Schriftstellerei der Offiziere).

Schweiz. * Von der nördlichen Grenze. Statistik der Blödsinnigen und Taubstummen. Bischof Bossi. Römische Zeitschriften. Die Partei des „Republikaners“. Δ Bern. Lessing's Zukunft. Luzern. (Festprogramm für den Empfang des Runtius).

Serbien. ** Belgrad. Nachrichten im Sinne der vertriebenen Partei. * Von der Grenze. Nachricht über die russische Einsprache.

Peru. Nachrichten aus Balparaiso.

Literatur und Kunst. * Christiania. Runthe'sche Landkarten. Musenalmanach. Journalistik. * Berlin. Wissenschaftlicher Verein (Zweigen über Placius). * Konstantinopel. Hyrtl's Wachspräparate.

Handel und Industrie. * Aus Böhmen. Eisenbahnen. Karlsruhe. Eisenbahndrahtseile. Berlin.

Ankündigungen.

Spanien.

Δ Paris, 21. Jan. Die madrider Oppositionsblätter haben ihre Sprache seit ein paar Tagen merklich herabgestimmt, und zwar ohne Zweifel in Folge theils des Manifestes der Nationalgarde, theils des Ministerialerlasses über die vorläufige Beschlagnahme. Die Wahlbewegung ist am lebhaftesten im Schooße des Theils der exaltirten Partei, welcher die Regierung bekämpft, ohne jedoch das Gebiet der Verfassung von 1837 zu verlassen. Was die Gemäßigten und die Republikaner betrifft, so werden sie freilich allem Anscheine nach einige Repräsentanten ihres politischen Glaubens in die Cortes bringen, allein die Zahl derselben wird gewiß viel zu schwach sein, um ein Ausschlaggebendes Gewicht in die parlamentarische Wage werfen zu können. Die eigentliche Debatte schwebt nur zwischen den verschiedenen Fraktionen der eigentlichen constitutionellen Partei. — Ein halbamtliches Blatt widerspricht sehr bestimmt der Angabe des Castellano über die zollfreie Einfuhr von steuerpflichtigen Waaren für Rechnung hochgestellter Personen in Madrid. (Nr. 26.) Wenn solche Fälle vorkommen, sagt es, so finden sie nur zu Gunsten der fremden Diplomatie statt, welche binnen der ersten sechs Monate nach ihrer Ankunft in Spanien jenes Privilegium genießen, das ihnen in andern Ländern, zum Beispiel in Frankreich, in weit ausgedehnter Weise zufließt. — Nach den neuesten Nachrichten aus Barcelona sind immer erst 1,600,000 Realen von der Contribution eingegangen. Der Generalcapitain hat nach Ablauf der am 4. Jan. zu Ende gegangenen Frist zwar mit Zwangsmassregeln gegen die säumigen Zahler gedroht, aber bis jetzt hat es bei den Drohungen sein Bewenden gehabt. Die Militärcommission hat neuerdings 64 der vor sie gestellten Einwohner von Barcelona freigesprochen und acht andere zu längerer oder kürzerer Gefängnisstrafe, die jedoch in keinem Falle vier Jahre überschreitet, verurtheilt. Von einer baldigen Aufhebung des Belagerungszustandes ist noch nicht die Rede.

Großbritannien.

London, 20. Jan.

Da die französischen Journale seit einiger Zeit begonnen haben, die Gegner des Durchsuchungsrechts durch die Behauptung aufzumuntern, daß England weit lieber die Verletzung der Verträge von 1831 und 1833 dulden als einen Krieg beginnen werde: so versichert die ministerielle Morning Post jetzt wiederholt und auf das bestimm-

teste das Gegentheil. Wenn Frankreich die Verträge von 1831 und 1833 breche, so werde England um so gewisser mit den Waffen Genugthuung für diese Beleidigung fordern, da schon die Nichtratification des neuesten Vertrags nur unter der ausdrücklichen Bedingung zugelassen sei, daß die französische Regierung jedenfalls die Befolgung der frühern Verträge verbürge.

Frankreich.

Paris, 21. Jan.

In der gestrigen Sitzung der Pairskammer verlas der Herzog v. Broglie folgenden Entwurf zu einer Antwortadresse auf die Thronrede: „Sire! Am Tage des Unglücks gibt sich das Innere des Herzens kund. Ganz Frankreich hat die Trauer Ihres durchlauchtigen Hauses getheilt; Ihr Schmerz ist der feinige; seine Liebe ist Ihr Reichthum, möchten Sie darin einigen Trost finden, wenn es solchen für das Herz eines Vaters auf Erden gibt! Indem wir auf Ew. Maj. Ruf die Reihe unserer Arbeiten wieder beginnen, empfangen wir mit Erkenntlichkeit und Hochachtung den Dank, welchen Sie an uns zu richten geruhen. Der König kann auf uns zählen; Gott wird über ihn wachen; er wird ihm Zeit und Kraft verleihen, seine Aufgabe zu vollenden. Ja, Sire! wir haben bereits viel gethan für die Sicherheit des Vaterlandes. Die Monarchie hat sich befestigt unter dem Schutze, welcher sie traf; das schützende Princip der Erblichkeit ordnet und beherrscht alle Möglichkeiten der Zukunft; in den Herzen wohnt das Vertrauen. Das Steigen der Staatseinnahme folgt dem Fortschritte des Nationalreichthums. Vermöge der Wachsamkeit der Verwaltung macht das Uebergewicht, welches jetzt das Ansehen der Gesetze erlangt, oft unnöthig, deren Strenge anzurufen. Das ist Ihr Werk, Sire; uns war vergönnt, dabei mitzuwirken; es sei uns gestattet, mit Ihnen uns dazu Glück zu wünschen. Ew. Maj. zeigen sich befriedigt durch die Verhältnisse, die Sie zu den auswärtigen Mächten unterhalten. In Uebereinstimmung mit Ihren Bundesgenossen wachen Sie über die Ruhe im Oriente. Die Christen in Syrien hatten ein Recht auf Ihre Sorge; nie haben sie den Schutz Frankreichs vergebens angerufen. Es freut uns, zu erfahren, was für ihre gerechte und heilige Sache geschehen ist; sie werden das Andenken an diese neue Wohlthat bewahren. Nicht ohne Kummer haben wir die Unordnungen gesehen, deren Schauplatz Spanien neulich war. Dem Parteikampf in jenem Lande fremd, hat die französische Regierung die Unabhängigkeit des spanischen Volks stets geachtet; indem sie dem Unglück eine hülfreiche Freistätte eröffnete, hat sie die Pflichten der Menschlichkeit erfüllt. Der Königin Isabella II. eine treue Freundschaft bewahren, die Sorge für unsere Würde, unsere legitimen Interessen mit den einer befreundeten Nation gebührenden Rücksichten vereinigen: Das ist Ew. Maj. Politik; sie ist Ihrer Weisheit würdig. Sire! die Fortschritte unsers Landbaues, unsrer Gewerbe, unsers Handels liegen Ihnen am Herzen; überall suchen Sie ihnen neue Absatzwege. Um der französischen Flagge einen Stützpunkt, einen Hafen der Zuflucht in jenen von unserer Marine noch allzu wenig besuchten Gegenden zu sichern, haben Sie die Marquesasinseln in Besitz nehmen lassen. Diese Niederlassung bietet Vortheile dar; ihre Wichtigkeit wird die Zeit fühlbar machen. Wenn die Unterhandlungen, welche Ew. Maj. in derselben Absicht verfolgt, den Erfolg haben, den man davon erwartet; wenn Handelsverträge, Handelsvereinbarungen daraus hervorgehen: werden wir den Einfluß, den diese Verträge auf die Verwendung und Leitung der Nationalarbeit haben könnten, aufmerksam prüfen. Bei den Massregeln, wodurch die Gesetzgebung, unter der unser Gewerbfleiß bis jetzt gediehen, abgeändert wurde, empfehlen wir der Klugheit Ihrer Regierung die den vorhandenen Interessen gebührende Achtung. Dem Erfolg unserer Waffen in Algerien, der Tapferkeit unsrer Soldaten geben wir unsern Beifall. Wenn Frankreichs Herrschaft in jenem Lande vollständig begründet ist, wird die Civilisation sich dort entwickeln; Ordnung und Gerechtigkeit werden unsere Macht befestigen. Mit Aufmerksamkeit wird die Pairskammer das Finanzgesetz und die verschiedenen Gesetzentwürfe, die ihr vorgelegt werden, prüfen. Sie sieht mit Bedauern, daß es nicht möglich gewesen, das Gleichgewicht zwischen der Einnahme und Ausgabe herzustellen; dieser Zustand der Dinge muß ein Gegenstand ernster Betrachtungen sein. Sire! die Welt ist im Frieden, Frankreich ist frei; Alles gedeiht in unserm Vaterlande. Es bleibt nichts übrig als durch Weisheit und Ausdauer die Güter zu sichern, deren wir genießen. Diese Aufgabe werden wir mit Ihnen verfolgen; wir werden Ihnen helfen, sie zu vollenden; das ist ein Glück, welches die Zukunft uns noch vorbehält.“

Nach dem Verlesen dieses Entwurfs nahm der Marquis de Boissy das Wort und tadelte Hrn. Guizot, daß dieser in Gemeinschaft mit den andern Großmächten handle, statt selbständig und nach eigenem Belieben zu verfahren. So hätte Frankreich die Christen in Syrien allein beschützen sollen; in Spanien müsse es dafür sorgen, daß „die Krone in dem Hause der spanischen Bourbons“ bleibe; in der Thronrede hätte die Nichtratification des Durchsuchungsvertrags rühmend erwähnt werden müssen, denn die andern Mächte hätten durch Duldung dieser Nichtratification „eine Mäßigung bewiesen, welche wahrhaft den allgemeinen Frieden aufrecht erhalten“; das Ministerium habe nicht gewagt, in der Thronrede Englands Namen auszusprechen, um so mehr müsse die Pairskammer sich für die Aufhebung der Verträge von 1831 und 1833 erklären, die „ganz gewiß sehr bald den Frieden stören würden“. Zum Schluß erklärte der Marquis de Boissy sich lebhaft gegen den beabsichtigten Handelsverein mit Belgien und fügte den Wunsch hinzu, es möge eine Ministerveränderung stattfinden. Graf de Ségur Lamignon sprach gegen die Verträge von 1831 und 1833 und behauptete, sie hätten ohne Genehmigung der Kammern nie in Vollzug gesetzt werden dürfen, weil die Krone nicht berechtigt sei, Ausländer, wie die englischen Kreuzer, zur Ausübung von gerichtlichen Maßregeln, wie die Durchsuchung und Beschlagnahme französischer Schiffe, zu beauftragen. In gleichem Sinn äußerte sich Hr. Camille Perier und bestritt der Krone überhaupt das Recht zur Abschließung solcher Verträge, die so wichtige Bestimmungen über die Rechte der Bürger enthalten. Da man dies jedoch bisher übersehen habe, so seien die Verträge von 1831 und 1833 nur durch neue Unterhandlungen zu beseitigen, und außerdem müsse der Wiederkehr ähnlicher Uebergriffe vorgebeugt werden. Graf d'Alton Shee erzählte die Geschichte der Durchsuchungsverträge, wies nach, daß alle Parteien die Verträge von 1831 und 1833 gebilligt, zeigte, wie der Kampf gegen den Vertrag von 1841 nur ein Oppositionsmanoeuvre gegen das Ministerium war, und der Kampf gegen die Verträge von 1831 und 1833 bloß eine Fortsetzung dieses Manoeuvres bilde, nachdem der anfangs beabsichtigte Sturz des Ministeriums durch die Nichtratification vereitelt sei. Die Gestattung dieser Nichtratification bezeichnete Graf d'Alton Shee als eine Artigkeit, welche die beim Abschlusse des Julivertrags begangene Unart wieder gut machte, und zum Schlusse wies er darauf hin, daß das englische Ministerium, selbst wenn es wolle, die Verträge von 1831 und 1833 nicht aufgeben dürfe, weil das Parlament, dort eben so mächtig wie die Kammern in Frankreich, dies nicht leiden würde. Baron Charles Dupin wies auf die Einstimmigkeit des Widerspruchs gegen die Durchsuchungsverträge hin und meinte, erst müsse das Ministerium diplomatische Wege einschlagen, wenn diese aber vergeblich sein sollten, müßten die Kammern die Verträge für inconstitutionell erklären. Der Vicomte de Villiers du Terrage sprach sich gleichfalls gegen das Durchsuchungsrecht aus, widerrieth aber jeden gewaltsamen und übereilten Bruch der Verträge. Nach seiner Rede wurde die Sitzung geschlossen und die weitere Verhandlung des Entwurfs der Antwortadresse bis heute vertagt. Einstweilen sind schon drei Zusätze zu diesem Entwurfe beantragt worden. Baron de Brigade verlangt die Einschaltung der Worte: „Wir wünschen Ihrer Regierung Glück, einen Vertrag nicht ratificirt zu haben, der für die Unabhängigkeit der französischen Flagge eine Erschwerung der Verträge von 1831 und 1833 gewesen wäre“; der Fürst von der Moskwa will hinzufügen: „Wir hoffen, daß Ew. Maj. Weisheit die Meinung in Betracht ziehen wird, welche sich in Betreff des durch die Verträge von 1831 und 1833 festgestellten gegenseitigen Durchsuchungsrechts ausgesprochen hat“; der Marquis de Lurot möchte sagen: „Diese guten Verhältnisse würden noch mehr gesichert sein, wenn es einer neuen Prüfung der Verträge von 1831 und 1833 gelänge, die Uebelstände zu beseitigen, welche, wie es scheint, deren Vollziehung offenbart hat.“ Graf Tascher hat auf einen Zusatz zu Gunsten Polens angetragen.

Die von der Deputirtenkammer mit Entwerfung einer Antwortadresse auf die Thronrede beauftragte Commission hat beschloffen, einen Paragraphen aufzunehmen, worin der Krone zur Nichtratification des neuen Durchsuchungsvertrags Glück gewünscht, die einstweilige Vollziehung der frühern Durchsuchungsverträge gutgeheissen, aber deren Beseitigung ausdrücklich empfohlen werde.

Unter den vielen Beschuldigungen, welche die „Presse“ täglich gegen England aufstellt, befand sich gestern die Behauptung, in einem Bureau der Deputirtenkammer habe eine Versammlung des Vereins zur Abschaffung der Negerflaverei stattgefunden, an der 12 Engländer theilgenommen. Besonderer Druck zeichnete diesen Vorfall aus, und die „Presse“ knüpfte daran die ärgsten Vorwürfe gegen die Anmaßung dieser Fremdlinge und ihrer ganzen Nation, gegen den Verein selbst, und endlich auch gegen die Kammerbeamten, welche solche Gräueltaten könnten, und denen sie mit dem Unwillen der Kammer drohte. Heute machen die ministeriellen Journale diesen Artikel lächerlich, weil nicht ein einziger Engländer an jener Versammlung theilgenommen, wohl aber auch englische Actenstücke dort mitgetheilt worden, die der eifrige Journalist in Engländer verwandelte.

* Paris, 21. Jan. Das Journal des Débats vertheidigt die Verträge über das gegenseitige Durchsuchungsrecht mit der Berufung auf die Verträge von 1815. Die letztern, sagt es, sind offen-

bar weit härter für uns als die erstern, und gleichwol lassen wir sie fortbestehen, weil ihr Bruch mit zu ernstlichen Gefahren für uns verbunden wäre. Wenn die Franzosen von den Verträgen von 1815 sprechen, so meinen sie bekanntermaßen nichts Anderes als die gezwungene Zurückgabe der Eroberungen der Republik und des Kaiserreichs. Diese Zurückgabe nun also erklärt das Journal des Débats, das Organ des gemäßigtesten und friedlichsten Theils des französischen Volks, für eine bloße Thatsache, „die man sich nur gefallen lasse“, weil man sie einmal nicht ändern könne. Von einer Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Verträge von 1815 ist bei dem Journal des Débats eben so wenig die Rede als beim National oder bei irgend einem andern Organe des Nationalfanatismus der Herrsch- und Eroberungssucht. Das Journal des Débats behält sich wenigstens stillschweigend und für den günstigen Augenblick die Revanche für 1815 vor, welche die Blätter der andern Parteien mit lautem Geschrei zur Unzeit verlangen. Das ist eine Wahrheit, die den Deutschen nicht oft und nicht laut genug ins Gedächtniß zurückgerufen werden kann. So lange die heutige Volksstimmung in Frankreich herrscht, ist der Friede zwischen Deutschland und Frankreich nur eine Art Waffenstillstand, der in demselben Augenblicke gebrochen werden wird, wo die französische Politik, mit Recht oder mit Unrecht, hofft, eine erfolgreiche Rache für die endliche Niederlage Napoleon's und deren nothwendige und rechtmäßige Folgen nehmen zu können. — Die Phalange läßt sich in einem Brief aus Berlin allerlei Ungereimtheiten über Deutschland und sein Verhältniß zu Frankreich schreiben. So zum Beispiel meldet der berliner Correspondent der Phalange eine schauerliche Geschichte von dem vor sieben Jahren erfolgten angeblichen Verschwinden des bekannten G. Kohnst, der von der pariser Polizei der preussischen Gendarmerie ausgeliefert sei und seit dieser Zeit in irgend einer unbekanntenen Kerkerhöhle schmachte. Beschränkte sich der Correspondent der Phalange auf alberne Märchen dieser Art, welche ihre Widerlegung nicht allein im gesunden Menschenverstande, sondern auch in allbekanntesten Thatsachen finden, so wäre es nicht der Mühe werth, die mindeste Notiz davon zu nehmen. Allein der fragliche Correspondent erdreistet sich auch, die Behauptung aufzustellen, „daß die Deutschen zu gewissen Zeiten stolz darauf gewesen, Franzosen zu heißen“, und diese freche Lüge stillschweigend hingehen lassen hiesse nicht nur die Franzosen, an welche sie gerichtet ist, in ihrem unerträglichem Nationaldünkel bestärken, sondern auch sie, wenigstens scheinbar, zur tiefsten Geringschätzung des deutschen Namens berechtigen. Möge die Phalange zusehen, daß sie den guten Ruf, den sie in Deutschland erworben hat, nicht durch solche gehässige Absurditäten wieder verzerzt.

Belgien.

Nach den amtlichen Mittheilungen, welche der Minister der öffentlichen Arbeiten der Repräsentantenkammer vorgelegt, betrug die Einnahme der Eisenbahn im Jahr 1842: 7,461,550 Fr. oder 238,450 Fr. weniger, als im Budget angenommen war. Für das Jahr 1843 ist eine Einnahme von 10 Mill. Fr. in Anschlag gebracht worden, doch bezweifelt man, daß dieselbe 9 Mill. Fr. erreichen werde. Der Gütertransport hat 2,732,756 Fr. oder 35 1/2 Proc. von der ganzen Einnahme eingebracht.

Deutschland.

† Vom Rhein, 22. Jan. Ueberall an unserm Strom ist jetzt das Carnevalsleben in voller Blüte; die Comités, der große und kleine Rath werden gebildet, die Narrenhallen und Narrenlogen füllen sich. Wenn schon früher politische Anspielungen zu der Lieblingsregion der zeitweiligen Narren gehörten, so merkt man dieses Jahr die weiter vorgeschrittene politische Theilnahme auch in den Narrenversammlungen, und wo man entweder selbst zugegen ist oder die gedruckten Reden liest, da wimmelt es von Wortspielen, von Anzüglichkeiten, von Bonmots, die natürlich nicht verfehlen, das Zwerchfell in eine heilsame Erschütterung zu versetzen. Alles Dies ist schön und gut, und es mag, abgesehen von der Befriedigung des „Spieltriebes“, die in unserm materiellen Zeitalter Jedem reichlich zu gönnen ist, manch später auskeimendes Samen Korn im Scherze gesät werden, das im Ernste Früchte trägt. Aber diese ganze Narrentheilung hat auch ihre düstere Rehrseite. Ein politisch unreifes Land und Volk wird stets den meisten Carnevalspul treiben, wie wir es an Italien und Deutschland sehen; Rom und Köln sind die Mittelpunkte des europäischen Faschings. Ja, ich glaube, die deutsche Diplomatie könnte durch Begünstigung und gänzliche Censurbefreiung der Narrensitzen überall die Deputirtensitzen aufheben und durch Maskenfreiheit uns für Pressfreiheit zu entschädigen versuchen. Denn grade die Licenz des Humors, die milde Observanz in Bezug auf die verkehrte Welt des Faschings dient gleichsam als Palliativ wider den überall aus der Erde hervordringenden freien Geist, als Abzugskanal für Stoffe, die sich sonst leicht vul-

Fam
auf
gen
tiob
auch
heit
und
klein
tob
man
Org
in s
dere
walt
misd
was
ren
Bild
Sch
Läch
das
ob d
hing
bewa
gar
das
dem
aber
labor
in K
ter f
nom
übrig
politi
sollte
ein C
Tha
putirt
Und
wichti
gered
♀
zwei
über d
fen w
eine g
genhei
zeugun
Kreis
weisen
den d
weiß
dere,
gung
liegen.
welche
nomme
ihrer C
aller b
die S
es auch
über d
zurück
gefühl
ligions
fer, u
Wirkun
rätthe,
Früher
daß die
nach d
dere M
ist vor
theilung
daß die
Kamme

fanisch anhäufen möchten. Man darf sich in der Narrenszugung und auf der Narrentribüne zwar mehr erlauben als in allen sonstigen Sitzungen und auf allen sonstigen Tribünen; aber nicht nur die Administrationsbehörden nehmen den Spas nicht für baare Münze an, sondern auch die Scherztreibenden selbst nehmen es nicht so genau, die Freiheitskloboldchen haben immer wächserne Nasen, welche lachen machen, und die Jakobinermützen auf manchen Gedankenköpfen sind doch mit kleinen Glöcklein versehen, die wieder zur Besänftigung läuten. Man tobt sich aus vom Tage der heil. Dreikönige bis zur Aschermittwoche, man hat den bösen Säften Luft gemacht, und nun friedigt sich der Organismus wieder zehn volle Monate ein, und der Schlandrian tritt in seine Rechte. Die komische Bühne in Athen war etwas ganz Anderes; in den Gerichtshöfen, im Senat, in der Volksversammlung waltete der Ernst, der Ernst der Freiheit und Gerechtigkeit; die komische Bühne brauchte in jenem Lande nicht zu entschädigen für Etwas, das uns fehlt, sondern sie ließ die Gestalten des Tages in ihren wunderbaren Spiegel fallen und reflectirte die lächerlich verkürzten Bilder einem Volk entgegen, das den Tag über mit den Körpern der Schatten zu thun gehabt hatte, an denen es sich jetzt erlustigte. Das Lächerlichmachen der Verkehrtheit steht überhaupt nur denen an, welche das Gerade und Rechte besitzen, sonst gewinnt es das Ansehen, als ob der Fuchs Epigramme auf die Trauben machte, die ihm zu hoch hingen. Wir sind nicht gegen Volksfeier und Volksbelustigung, Gott bewahre uns! Im Gegentheile, wir finden unser Volksleben noch gar einsylbig und trist; wir würden den Augenblick segnen, in dem das deutsche Volk einmal ein großes Nationalfest feiern könnte, bei dem Jocus und Humor die tollsten Purzelbäume schlagen möchten; aber dazu gehört ein Hintergrund von Thaten, dazu gehören acti labores. — Einen recht grellen Contrast gegen die Carnevalsluft, die in Köln, Mainz und Mannheim sprudelt, bildete die Wahl eines Ritterchaftsabgeordneten zu Koblenz, zu der sich nur die autonomen Rittergutsbesitzer eifrigst und vollständig einstellten, von den übrigen aber nur ein Siebentel anwesend war. So wenig lebt das politische Bewußtsein noch in denen, welche es vorzugsweise besitzen sollten, und die Presse hat gut rufen und warnen, die Presse ist nur ein Spiegel, nicht der Arm eines Athleten, nur ein Gedanke, keine That; sie kann Zustände erleuchten, Köpfe aufhellen, aber keine Deputirten wählen und keine Motionen zu Füßen der Throne niederlegen. Und doch ist der diesjährige rheinische Landtag für Preußen unendlich wichtiger als die Carnevals am ganzen Rhein, Rom und Neapel dazu gerechnet!

☉ München, 20. Jan. Das Verhalten und die Haltung der zweiten Kammer in ihrer elften Sitzung, in welcher bekanntlich über den Antrag der 36 protestantischen Stände verhandelt und beschloffen wurde, hat im ganzen Lande und auch hier an bedeutenden Stellen eine günstige Wirkung hervorgebracht, und ich darf bei dieser Gelegenheit auf meine frühern Bemerkungen über die nach meiner Ueberzeugung und Erfahrung auf einen verhältnißmäßig nur sehr kleinen Kreis beschränkten Bestrebungen eines kirchlichen Fanatismus zurückweisen. Weder im Herzen des Volkes noch in dem Grund und Boden der Gegenwart kann er in Baiern Wurzel schlagen. Auch hier weiß man, daß die Zeit ein festes Zusammenhalten der Kräfte erfordert, und daß es wichtigere Angelegenheiten gebe als die Vertheidigung von Formen, die wie verlassene Forts außerhalb der Kampflinie liegen. Sehr beachtenswerth ist in dieser Beziehung die Stellung, welche die katholischen Geistlichen in der Ständeversammlung eingenommen, wie sie, ohne dem Ansehen ihrer Kirche und der Sympathie ihrer Glaubensgenossen das Mindeste zu vergeben, aber auch frei von aller bloßen Parteilust, der hier ein so günstiges Feld geöffnet war, die Sache der Protestanten unterstützt haben. Allein wie verlockend es auch war, vereint mit der Macht der Regierung, jede Beschwerde über die Kniebeugung (vor der Hostie als dem wahren Gott) siegreich zurückweisen zu können, so zeigte sich doch die aus deutschem Rechtsgefühl geborene Ueberzeugung von der Unzulässigkeit irgend eines Religionszwanges, vereint mit der Macht der Vaterlandsliebe, noch stärker, und die entgegengesetzten Stimmen blieben ganz vereinzelt. Die Wirkung konnte nicht ausbleiben; zunächst auf die Kammer der Reichsräthe, deren sehr viele der Sitzung der zweiten Kammer beiwohnten. Früher, nämlich vor dieser Sitzung, war wenig Hoffnung vorhanden, daß die erste Kammer den Antrag der Protestanten unterstützen würde; nach der Sitzung, hörte man, haben die meisten Reichsräthe eine andere Ansicht von dieser Angelegenheit geäußert; die Berathung indes ist vor der Hand noch verschoben worden, aus Gründen, deren Mittheilung sich später vielleicht zur Veröffentlichung eignet. Gewiß ist, daß die große Mehrheit der Reichsräthe gegenwärtig dem beschlossenen Kammerbeschlusse beizutreten geneigt ist. Was die Regierung zu thun

beabsichtige, davon kann nicht die Rede sein; aus den Verhandlungen haben Sie wenigstens gesehen, daß sie sich durch die Minister gegen jeden Versuch ausgesprochen, der Klage Recht und Folge zu geben, wobei sie freilich durch ihre eignen kräftigsten Vertheidiger am meisten beengt wurde, da diese, im Widerspruch mit den ausdrücklichen Worten der Minister, die Kniebeugung als religiösen Act für ihre Glaubensgenossen in Anspruch nahmen. Wunderlich genug! da unmittelbar vorher der Kriegsminister erklärt hatte, daß die Kniebeugung ein rein militärischer Act sei, daß diese nur in bestimmten Fällen vorgeschrieben sei, und daß der Katholik, der als Schildwache auf seinem Posten vor dem Venerabile ins Knie fallen wollte, eben so bestraft würde, als der Protestant, welcher in der Linie beim gegebenen Commandowort stehen bliebe. Indes, wie dem auch sei: der König hat sich in Folge der Kammerersitzung die Verhandlungen der protestantischen Kirchensynoden über diesen Gegenstand, die ihm, so viel man weiß, noch unbekannt waren, vorlegen lassen und, wie man sagt, dahin geäußert, daß eine Bedrückung oder gar eine Gewissensverletzung seiner protestantischen Unterthanen durchaus nicht in seiner Absicht liege, und daß er beschwerliche Beschwerden genau prüfen werde. Und diese Ueberzeugung steht auch hier fest, daß eine Beeinträchtigung der Protestanten um ihrer Confession willen durchaus nie in seinem Willen gelegen und niemals liegen werde; ja, daß sogar die Extravaganzen einer Partei seiner eignen Kirche sein entschiedenes Mißfallen erregen, das er denn auch keinen Anstand nimmt, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit (namentlich gegen Geistliche, die er des „Zelotismus“ für fähig hält) mit den bestimmtesten Worten auszusprechen. Endlich, abgesehen von allen unmittelbaren Folgen, welche die gedachte Kammerverhandlung für den Antrag selbst haben kann, nehmen wir als größten Gewinn die Thatfache hin, daß es so kurz nach einer starken confessionellen Aufregung in Deutschland bereits wieder als möglich sich gezeigt, daß eine der Confession nach gemischte Versammlung über eine Frage, bei der es sich zuletzt doch um Mein und Dein der Confession handelt, mit größter Ruhe verhandeln und in Frieden sich vereinigen konnte. Und das ist es, was wir nicht oft genug aussprechen, nicht fest genug halten können: confessionelle Unterschiede gehören nicht in die Politik der Gegenwart; alle darauf gegründeten Streitigkeiten überlasse man der Wissenschaft und den Theologen. Das aber, was wir zu erstreben haben, ein geordneter Rechtszustand in Deutschland und Festigkeit gegen Angriffe von außen durch Entwicklung geistiger und materieller Kräfte, fragt nicht nach dem Unterschiede der Confessionen, sondern setzt ihren Einmuth voraus.

* Dresden, 25. Jan. Bei dem mannichfachen Interesse, welches das Inland und Ausland an den Beschlüssen der sächsischen Ständeversammlung in Bezug auf die von dem Ausschusse der II. Kammer beantragte Einführung des Anklageprocesses mit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit an die Stelle des jetzigen Inquisitionsprocesses nimmt, wird es Manchen vielleicht genehm sein, die einzelnen Bestandtheile der Minderheit und der Mehrheit beider Kammern, wie sie sich bei der Abstimmung über diesen Gegenstand gezeigt hat, in Zahlen ausgedrückt zu sehen. In der I. Kammer haben von den Männern vom Fach, d. h. von solchen, welche selbst als Untersuchungsrichter oder als Vertheidiger in Untersuchungssachen das jetzige Inquisitionsverfahren aus Erfahrung kennen gelernt haben und daher vorzugsweise zu einem richtigen Urtheile befähigt sind, für mündliches und öffentliches Anklageverfahren gestimmt 8, gegen dasselbe 2; dafür v. Redwitz, Rath im Justizministerium, Dr. Günther, Ordinarius der Juristenfacultät, und die Bürgermeister Schill, Bernhardt, Häbler, Gottschald, Starke, Wehner; dagegen die Bürgermeister Dr. Gross, früher Rath im Justizministerium, und Ritterstädt. Von den Geistlichen stimmten dafür die beiden protestantischen, Oberhofprediger Dr. v. Ammon und Superintendent Dr. Großmann, dagegen der katholische, Dekan Kutschank; von Verwaltungsbeamten dafür 1: Amtshauptmann v. Biedermann, dagegen 2: der Präsident Kreisdirector v. Gersdorf und Amtshauptmann v. Welsch; von adeligen Rittergutsbesitzern dafür 5: Graf Einsiedel, Graf Hohenthal-Püchau, General v. Miltig, v. Schönfels, v. Schönberg auf Sommerau, dagegen 17: v. Carlowitz und Die, welche durch Einführung des beantragten Anklageverfahrens ihre Patrimonialgerichte bedroht erachten, Graf Schönburg-Wechselburg, Graf Solms-Wildenfels, Graf Hohenthal-Königsbrück, v. Hartig, v. Waghdorf, v. Posern, v. Schönberg auf Puschstein, Oberhofmeister v. Mindwitz, v. Thielau, Pflugk, v. Polenz, v. Mehsch, v. Friesen, v. Lüttichau, v. Heynig; außerdem stimmten noch dagegen 1 Prinz des königlichen Hauses, Prinz Johann, und 1 Vertreter des Domstifts Meißen, v. Rostig; überhaupt 18 dafür, 23 dagegen. — In der II. Kammer stimmten von den Männern vom Fach dafür 21: der Präsident Appellationsrath Dr.

Daase, die Königl. Justizbeamten Rothe, Hensel, Wieland und Jani, Landesbestallter Dr. v. Mayer, die Stadtrichter Schröder, Klien, Grimm, Blüher und Hängschel, die Bürgermeister Eschcke, Erchenbrecher und Todt, die Stadträthe Püschel und Oberländer, die Advocaten Obersteuerprocurator Eisenstuck, Klinger, Schäffer und Schumann, dagegen 1: Stadtrichter Sachse; von den Vertretern des Handels- und Fabrikstandes alle 5 dafür: Claus, Eckhardt, Georgi, Leuner und Poppe; von den Abgeordneten des Bauernstandes alle 25 dafür: Speck, Vogel, Pfeiffer, Frenzel, Neydel, Thümer, Dehne, Feichmann, Mäkl, Behle, Simon, Dehmigen, Ludwig, Gruhle, Raundorf, Kockul, Zische, Zimmermann, Scholze, Scheithauer, Haden, Hauswald, Grüler, Siegert und Miehle; von den städtischen Abgeordneten, welche nicht oben als Männer vom Fach bezeichnet worden, alle 6 dafür: Buchhändler Brockhaus, die Kaufleute Meisel, Siemig, Müller, Rahlbeck und Schwabe; von den Rittergutsbesitzern (ausschließlich der bereits oben als Männer vom Fach aufgeführten), von den adeligen dafür 10: v. Schönfels, A. d. Winkel, v. Waidorf, v. Gablenz, v. Römer, v. d. Planig, v. d. Beck, Graf v. Konnow, v. Thielau, v. Zeschwitz, dagegen 3: v. Zeschwitz, Sahrer v. Sahr, v. Dypel; von den bürgerlichen Rittergutsbesitzern alle 4 dafür: Dr. Plagmann, Dr. Geisler, Döhler, Stockmann.

Würde bei uns wie in Württemberg bei Verschiedenheiten zwischen den Beschlüssen der I. und II. Kammer von den Mitgliedern beider Kammern gemeinschaftlich abgestimmt, so würde die Mehrheit für den Anklageproceß mit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit 89 gegen eine noch nicht ein Viertel ausmachende Minderheit von 27 betragen; es sind von den Männern vom Fach 29 dafür, 3 dagegen, von den Geistlichen 2 dafür, 1 dagegen, 1 Prinz und 1 Vertreter des Domstifts Meissen dagegen; von adeligen Rittergutsbesitzern 19 dafür, 22 dagegen, von bürgerlichen Rittergutsbesitzern alle 4 dafür, von den Gewerbleuten alle 11 dafür, von den Abgeordneten des Bauernstandes alle 25 dafür. — Wir wollen, dem Beispiele des Abg. Sachse folgend, auf die Gefahr, sein Geschick zu theilen, eine Berechnung aufstellen, und zwar, wie Viele von dem sächsischen Volke für und wie Viele gegen das öffentlich-mündliche Anklageverfahren sich erklären, indem wir von der Annahme des Gesetzgebers; daß die Ansichten des Abgeordneten von denen, welche er in der Kammer vertritt, auch wirklich getheilt werden, ausgehen. Adelige Rittergutsbesitzer wird es ungefähr 600, bürgerliche 300 geben, von den 42 adeligen Abgeordneten (den Vertreter des Domstifts Meissen eingerechnet, welcher nur altadelige Interessen vertritt) vertritt daher Jeder, die Familie des Einzelnen zu 5 Personen gerechnet, 70 Personen, jeder der 8 bürgerlichen Rittergutsbesitzer 175 Personen; will man aber von dem Unterschiede zwischen adeligen und bürgerlichen Rittergutsbesitzern, welchen unsere jetzige Verfassung nicht kennt, absehen, jeder ritterschaftliche Abgeordnete 90 Personen. Von der Bevölkerung in den Städten, nach der letzten Zählung 559,830, vertreten durch 8 Bürgermeister in der I., 25 Abgeordnete in der II. Kammer, sowie durch 5 Abgeordnete des Handels- und Fabrikstandes, also durch 38 Abgeordnete, kommen auf jeden Abgeordneten 14,732 Personen, von der Bevölkerung des platten Landes an 1,130,944 (nach Abrechnung der zu den Familien der Rittergutsbesitzer gehörigen 4500 Personen) auf jeden der 25 bürgerlichen Abgeordneten 45,057. Die Vertreter der blos geistlichen Interessen, der Universität zu Leipzig und der protestantischen und katholischen Kirche, wollen wir aus der Berechnung hier weglassen, da wir nicht behaupten wollen, daß sie hier mitzuzählende Personen zu vertreten haben. Hiernach hätten von der Gesamtbevölkerung des Königreichs Sachsen (1,690,774): 1,674,418 für mündliches und öffentliches Anklageverfahren, 16,356 Personen, also etwa ein Hunderttheil der ganzen Bevölkerung, sich für Beibehaltung des Inquisitionsprocesses erklärt.

Göttingen, 18. Jan. Viel Aufsehen macht in diesem Augenblicke die Untersuchung, welche von Polizei wegen gegen einen geachteten Professor der hiesigen Universität anhängig ist. Derselbe wurde nämlich beschuldigt, bei neulicher Anwesenheit der berühmten Sängerin Mad. Fischer-Nachten aus Braunschweig, dieselbe im Theater nach beendigter Vorstellung herausgerufen zu haben. Es besteht hier die polizeiliche Verordnung, daß kein Schauspieler oder Sänger herausgerufen werden dürfe. Die bekannte Bravour der genannten Künstlerin ist aber einen großen Theil des Publicums hin, gegen dieses Verbot dieselbe nach beendigter Oper zu rufen. Der Polizei gelang es noch, den Enthusiasmus zu unterdrücken. Am andern Tage aber ward eine Denunciation gegen den genannten Professor als Teilnehmer am Hervorrufen geltend gemacht und derselbe bei Strafe des Eingekanntnisses vor die Polizeibehörde geladen. Dem Vernehmen nach stellte derselbe die Beschuldigung daselbst durchaus in Abrede und erbot sich zum Reinigungsgeid. Ob nun dieser Fall bei so unbedeutendem Anlasse dazu beiträgt, das Ansehen des Lehrerstandes auf einer Universität,

welche in der neuesten Zeit des Geschickes Hand in so schwerem Maße gefühlt hat, aufrecht zu erhalten, wollen wir dem Urtheile der Leser überlassen.

(Kass. Allg. Ztg.)

Preußen.

Vom Niederrhein, 21. Jan. So liegt uns nun für den Wahlbezirk Koblenz das Resultat der Wahlen der Abgeordneten aus dem Ritterstande vor: ein Resultat, welches, insofern nur adelige, meist der Autonomie angehörige Rittergutsbesitzer gewählt worden sind, Manchem unerwartet und Manchem unerwünscht sein mag, bei näherer Erwägung der Verhältnisse aber nicht überraschen kann. Durch den bisherigen Mangel an öffentlichem Leben entbehren wir im Allgemeinen noch der wahren Bildung auf dem politischen Gebiete zu sehr, um die Rauheit oder den völligen Indifferentismus zu überwinden, der uns beschleicht. Der kräftigen Anregung in verschiedenen Nummern der Kölnischen Zeitung ungeachtet hatten sich von 115 zur Wahl einberufenen Rittergutsbesitzern nur 47 eingefunden. Von Köln allein fehlten sieben dem Adelstande nicht angehörige Rittergutsbesitzer, während die der Autonomie huldigenden Adelligen des Wahlbezirks in gedrängter Einigkeit und ziemlich vollständiger Zahl erschienen waren. Sie sind sich ihrer Kräfte vereint bewußt und verfolgen mit Consequenz die, wenn auch nicht immer klar erkannten Interessen ihres Standes und die streng conservative, mit dem größern Grundbesitze meist mehr oder weniger verflochtene Richtung. An ihrer Spitze steht, was sich nicht verkennen läßt und auch auf die jetzige Wahl eingewirkt hat, ein talentvoller, besonnener und muthiger Charakter in der Person des Frhn. Max v. Loe, der mit entschiedener Festigkeit und Unabhängigkeit ehrenhafter Gesinnung die Interessen seines Standes zwar zunächst vertritt, aber auch auf dem letzten Provinziallandtag in einer allgemeinen, Kirche und Staat gleich wichtig berührenden, immittelst geschlichteten Angelegenheit den Beweis geliefert hat, daß er für die ewigen Principien des Rechts und der Wahrheit mit Geist und Energie zu kämpfen versteht und zu kämpfen bereit ist. (Köln. Ztg.)

— Ueber die Feier des 21. Jan. macht die Magdeburger Zeitung folgende Mittheilung: „Die Berliner Missionsgesellschaft, welcher Bischof Alexander aus Jerusalem geschrieben hatte, daß er den 21. Jan., als den Tag seines Einzugs in Jerusalem, in diesem Jahre kirchlich feiern würde und wol auch den Wunsch hätte, diesen Tag bei seinen evangelischen Brüdern in Europa und namentlich in Preußen gefeiert zu sehen, wußte sich allerhöchsten Orts eine Weisung an den Cultusminister zu verschaffen, welche den Wunsch aussprach, daß dieser Tag kirchlich gefeiert werden möge. Der Minister erließ nun an alle Superintendenten ein Rescript, worin es hieß: „Da der 21. Jan. d. J. ein Sonnabend ist, so könnte man bei der jeden Sonnabend stattfindenden Beichte in der Kirche diese Alexander-Stuhlfest mit begehen.“ Aus vielen und gewichtigen Ursachen ward diese Anordnung von mehreren Seiten nicht für ausführbar gehalten, und man wollte bei der darauf folgenden Sonntagsfeier „des Bruders in Jerusalem herzlich gedenken, wozu das Evangelium des Tages zugleich einen guten Anlaß gebe.“

* **Von der Spree**, 24. Jan. Die „gute“ Presse dürfte bald durch ihre Offenherzigkeit der Regierung, oder vielmehr der nach der Regierung strebenden Partei, viel verderblicher werden, als die schlechte diese werden konnte. Die Oppositionspresse könnte im Dienste ihrer eignen Ueberzeugungen nichts Besseres thun als die Artikel ihrer Gegner abdrucken und so denselben die ihnen sonst leider mangelnde Verbreitung geben. Das Aeußerste leistet in diesem Punkt unsere „Literarische“. Nachdem sie im vorigen Semester schon die „norddeutsche Tagespresse“, besonders die Leipziger Allgemeine Zeitung, der unehrlichen Taktik der „Verdächtigungen“ wieder und wieder beschuldigte, ohne irgend einen erklecklichen Beweis zu liefern, begibt sie nun selbst sich ganz auf dieses Feld und bietet die unglaublichsten Beispiele. In Sachsen sind die „Deutschen Jahrbücher“ verboten worden, und es ist dem Publicum über die Motive des Verbots ein Bericht erstattet, der, wie man auch über die motivirende Kraft der angeführten Motive denken mag, mindestens ehrenhaft und ehrlich war. Was aber thut die Literarische Zeitung? Sie behauptet: Was die Jahrbücher ausgesprochen hätten, die Umwandlung der Kirche in Schule zur Erziehung und Aufhebung des Pöbels, und die Selbstregierung des so gebildeten und organisirten Volks in öffentlichem Leben und öffentlichen Gerichten, dieser neue „Demokratismus“ sei noch nicht die wahre Meinung und das letzte Wort derselben. Das letzte „Evangelium“ der Jahrbücher werde sein: die Verkündigung des consequenten „Materialismus“; die Aufhebung der Familie und der Ehe und die Zerstörung der Städte. Kann man nun die Verleumdung unkluger, wahnsinniger treiben? Wenn Prof. Leo in der Kirchenzeitung einmal sagte, die Kotte der Jahrbücher predige „Vatermord und Blutschande“ — so hieß es ja wol? — so war das ein Ausbruch der Leidenschaft dieses wilden Gemüths, und keine profaische, dumme Lüge; aber unsere fischblutige Literarische sagt dergleichen in breiter, lehrhaftester Prosa! Kaum hat sie diese ohne Zweifel kluge Heldenthat vollbracht, da wendet sie sich in einer

folgen
insge
ben“
unkir
bensb
Blatt
fort u
gen“
welche
moral
„es is
und d
die P
den M
lichkeit
Über
man —
werkst
nasalij
Berehr
„Antig
nere a
rufen,
zweifelt
rateurs
wie es
ja bege
Intenti
uns reg
ihren e
2 B
des G
ver ein
reicher
denen ü
der. V
gewach
Thlr.;
raths v
gegenwä
Unterric
Fabriken
legtwillig
verein v
mie, Ph
was den
heute, w
Jagor'sch
len den
liefert w
und ver
gen zu v
Cigarren
chen und
Alles sei
Dfenlach
als Drn
und die
vereins,
Feste zur
der Mini
genomme
ständig li
offenbar
scher Inte
wenig Th
dert Bear
des jetzige
völlige K
und die L
kennungs
mit Berü
men der
vier zu fü
rer Zeit v
gen gesch

folgenden Nummer wider das große Geschlecht der „Rationalisten“ insgesamt und stellt als Scheidungslehre den „rechtfertigenden Glauben“ und die „stellvertretende Genugthuung“ hin, gegeben über dem unkirchlichen und zum kirchlichen Lehramt unwürdig machenden Glaubensbekenntnisse der „Verstandesmoral“. Gleich in dem folgenden Blatte setzt sie diesen kühnen Anlauf wider das Grundübel der Welt fort und eifert gegen das „antik-heidnische“ Bewußtsein der „Philologen“ und den verderblichen Einfluß der „classischen Studien“, aus welchen nichts gewonnen werden könne als die leidige „Verstandesmoral“, „wie sie Sokrates zuerst lehrte und nach ihm so viele Andere“: „es ist in der Hauptsache dieselbe Moral, wie sie die Aufklärungsepoche und der Rationalismus wieder aufstellten.“ Man wird zugeben, daß die Partei der literarischen Zeitung, welche die Verstandesmoral und den Rationalismus, überhaupt eine vernünftige und menschliche Sittlichkeit fürchtet, mit vollem Rechte die „classischen Studien“ haßt. Aber es ist gewiß bloße Selbsttäuschung; was man wünscht, das hofft man — wenn sie von diesen Studien sagt: „Man rechne die Handwerksleute ab, die ihnen das liebe Brot verdanken, und unsere Gymnasialjugend, die nicht anders kann, und zähle dann ihre freiwilligen Verehrer.“ Wie? haben wir nicht noch im vorigen Jahre hier die „Antigone“ mit großem Beifall auf die Bühne gebracht? Ich erinnere an die Antigone, um uns sogleich den Trost ins Gedächtniß zu rufen, daß diese Ergüsse der literarischen Zeitung von einem zwar verzweifelt consequenten, jedoch nur kleinen Häuflein reactionärer Restaurateurs herrühren, indes die classischen Studien sich am höchsten Orte, wie es bei hochherzigen Männern nicht anders sein kann, der vollsten, ja begeistertsten Verehrung erfreuen. Den politischen und kirchlichen Intentionen der dunkeln Reactionspartei, die sich wieder mächtig bei uns regt, kann man nicht besser entgegentreten, als indem man bloß ihren eignen Worten Verbreitung gibt!

4 Berlin, 24. Jan. Heute wird der Geburtstag Friedrich's des Großen, wie alljährlich seit 23 Jahren, durch den Gewerbeverein gefeiert. Dieser Verein entwickelt sich von Jahr zu Jahr in reicherer Blüte. Jetzt zählt er schon nahe an 1000 Mitglieder, unter denen über 300 hiesige, gegen 700 auswärtige und 7 Ehrenmitglieder. Wie an Zahl, so ist der Verein auch an finanziellen Kräften gewachsen. Sein eignes selbsterworbenes Vermögen beträgt über 36,000 Thlr.; außerdem gehören ihm zwei Stiftungen, die des Ritterschafsraths v. Seydlitz (die 111,000 Thlr. stark ist und von deren Zinsen gegenwärtig statutenmäßig 12 Jöglinge des Gewerbeinstituts außer freiem Unterricht 300 Thlr. Stipendium genießen), und die des verstorbenen Fabrikens- und Commissionärthats Weber (9300 Thlr. stark), der durch letztwillige Verfügung anordnete, daß die Zinsen dieses dem Gewerbeverein vermachten Legats zu unentgeltlichen Vorlesungen in der Chemie, Physik und Mathematik für Handwerker verwendet werden sollten, was denn auch gewissenhaft geschieht. Die Feier des Festes geschieht heute, wie immer, durch ein Mittagmahl von über 400 Couverts im Jagor'schen Saal, der wiederum durch den Postapostler Hiltl mit allen den industriellen Erzeugnissen, die dazu von den Mitgliedern eingeliefert worden, decorirt ist. Das Geschick Hiltl's, die wunderbarsten und verschiedensten Gegenstände zu einem harmonischen ja schönen Ganzen zu vereinigen, ist merkwürdig. Von dem Tabackspacket und den Cigarrenbündeln des Hrn. Ermeler an, bis zu den schönsten Teppichen und Seidenstoffen von Dingler, Becker, Boudouin u. muß sich Alles seinem ordnenden Sinn und symmetrischen Genie fügen, und die Ofenkachel, die Retorte, die Feuerzange selbst hat so gut ihre Dienste als Ornament zu leisten, wie die Gold- und Silberwaaren Hoffauer's und die luftigsten Draps de Zéphir. Der Vorsitzende des Gewerbevereins, geheimer Oberfinanzrath Beuth, ist durch Krankheit von dem Feste zurückgehalten; dagegen haben mehrere Prinzen des königlichen Hauses, der Minister des Innern, der Polizeipräsident u. die Einladung angenommen. Im Ganzen entwickelt sich bei diesem Feste stets ein selbstständig liberaler Sinn der freien, sehr gebildeten Bürgerschaft, und ist offenbar der Kern und die Kraft städtischen Reichthums und städtischer Intelligenz im Staate hier zu suchen. — Das Ordensfest hat wenig Theilnahme erregt. Man ist der Ordenslisten von vielen hundert Beamtennamen schon zu gewohnt. Im Anfange der Regierung des jetzigen Königs glaubte man, es werde in dieser Beziehung eine völlige Reform eintreten, doch ist es bei der alten Praxis geblieben, und die Orden bilden nach wie vor größtentheils nur eine Art Anerkennungszzeichen für vorwurfsfreie Amtsführung, die mit Recht auch mit Berücksichtigung der Anciennetät ertheilt werden. Außer den Namen der Beamten sind unter den langen Verzeichnissen kaum drei oder vier zu finden, die andern Staatsbürgern angehören. Es ist in neuerer Zeit viel über Beamtenaristokratie auch in unsern hiesigen Zeitungen geschrieben worden. Unläugbar gehört es auch mit zu derselben,

daß in Beziehung auf Auszeichnungen und Belohnungen durch den Staat nur die Beamtenwelt in Betracht gezogen wird, man von den sonstigen 14 1/2 Millionen Einwohnern kaum Notiz nimmt, es sei denn zu einer Rettungsmedaille oder dergleichen. Wäre es, so gut wie man alljährlich eine Anzahl fleißiger Hofräthe, Regierungsräthe u. mit Orden belohnt, nicht z. B. ganz angemessen, gleichermaßen die tüchtigen Gewerbetreibenden, Kaufleute, Handwerker, Schullehrer u. ehrenvoll zu bezeichnen? Und doch sind Orden für diese Stände entweder nur die seltensten Ausnahmen, oder die verdienten Leute in ihnen sind seltener als die Phönixe. Eine andere Annahme gibt es nicht. Und doch ließen sich für diese gar oft ganz bestimmt verdienstliche Handlungen und Bestrebungen nachweisen, was bei vielen Beamten schwerlich der Fall ist, und nur ihre Conduitenliste die Ursache ihrer Auszeichnung ergeben kann. Wären nicht z. B. alle diejenigen Männer, die sich seit 5 bis 6 Jahren in Preußen um die Anlage von Eisenbahnen verdient gemacht haben, einer solchen Auszeichnung werth? Diejenigen, die zuerst Hand ans Werk legten, ihre Capitalien an diese große Sache wagten, ihre Zeit meist unentgeltlich nach den verschiedensten Richtungen dieser wichtigsten aller neuern Industrie widmeten, und so durch ihre schärfere Einsicht erst den Staatsmännern das Auge öffneten, sodas in Preußen der Staat erst heute da steht, wo die Privatleute (denen doch ein Minister grade damals jede Einsicht in Staatsfachen absprach) schon vor sechs Jahren standen? Wir wären neugierig, die Antwort auf dieses Monitum zu hören!

3 Berlin, 25. Jan. In der Sitzung des Oberappellationsfenats des Kammergerichts am 18. Jan. ist Dr. Jacoby aus Königsberg von der gegen ihn gerichteten Anklage einstimmig und völlig freigesprochen und auf Niederschlagung der Kosten erkannt worden. Daß dieses von der freien Unabhängigkeit unserer Gerichtshöfe ein glänzendes Zeugniß ablegende Urtheil mit allgemeiner Freude im Publicum aufgenommen worden ist, darf ich Ihnen nicht erst sagen. — Daß hier vor einigen Tagen ein im Bau begriffenes massives dreistöckiges Haus eingestürzt ist, wobei mehre Personen ihr Leben verloren haben, wird, wie man allgemein hofft, eine strenge Untersuchung gegen die beaufsichtigende Baubehörde nach sich ziehen und hoffentlich dem entsetzlichen Leichtsinne, womit hier die Privatbauten controlirt werden, ein Ziel setzen. Das fragliche Haus ist nicht einmal von einem ordentlichen Meister gebaut worden, sondern einem sogenannten Zimmerpolirer in Entreprise gegeben gewesen. Der Schutt hat ergeben, daß man sich der schlechtesten Ausschuffsteine (sogenannte Thonsteine) und statt des Mörtels einer elenden Mischung von Sand und einem sehr geringen Quantum Kalk bedient hat.

*** Königsberg, im Jan.** Der in öffentlichen Blättern mehrmals erwähnte Erlaß des Kriegsministers, die schriftstellerische Thätigkeit der Offiziere betreffend, lautet: „Bei der von Sr. Maj. dem König unterm 4. Oct. c. gegebenen Bestimmung, nach welcher wissenschaftliche Werke, insofern sie 20 Druckbogen und darüber enthalten, ohne Censur gedruckt werden können, ist es zur Sprache gekommen, inwiefern diese Anordnung mit den bisherigen Vorschriften über die Herausgabe militärischer Schriften zu vereinigen sein dürfte. Die Offiziere haben bei Herausgabe der ihrem Berufe gewidmeten Schriften nicht allein diejenigen Pflichten, welche das Allgemeine Landrecht (Th. II, Tit. 20 §. 129, 131, 132, 141, 142) für jeden Beamten ausspricht, gewissenhaft zu beobachten, sondern es liegen ihnen auch noch andere, aus der Eigenthümlichkeit ihres Berufs und ihrer Standesehre entspringende Pflichten ob, welche unausgesetzt die Leiter bei der Veröffentlichung militärischer Arbeiten sein müssen. Daraus ergeben sich folgende Grundsätze: 1) Der Offizier, der sich aus eigener Wahl der Vertheidigung seines Königs und des Staats widmet und für diese übernommene Pflicht jeden Augenblick sein Leben einzusetzen bereit sein soll, muß es auch eben so wohl für seine Pflicht erachten, jede Handlung zu vermeiden, wodurch dem Staat auch nur auf das entfernteste Nachtheil zugefügt werden könnte. 2) Es kann daher kein Offizier und überhaupt kein in oder außer dem Dienste befindliches Mitglied der Armee Notizen, die ihm aus seinem Dienstverhältniß über Landesvertheidigung, Befestigung und anderweitige eigenthümliche Kriegseinrichtungen des Vaterlandes bekannt geworden sind, ohne Genehmigung der Behörden veröffentlichen. 3) Hat ein Mitglied der Armee durch eignes Nachdenken Entwürfe in jenen Zweigen ausgearbeitet, so gebietet ihm die Pflicht, diese zuerst zur Kenntniß der vom Staate dazu eingesetzten Behörden zu bringen, damit der sich daraus ergebende Vortheil vor allen Dingen dem Vaterlande zu Gute komme, und nur wenn jene Entwürfe dazu geeignet erscheinen sollten, kann die Erlaubniß zum Drucke gegeben werden. 4) Dienstliche Beschwerden und Privatstreitigkeiten sind zur Veröffentlichung nicht geeignet, und können ausnahmsweise nur nach eingeholter Erlaubniß der dazu bestimmten Vorgesetzten dem Druck übergeben werden. 5) Die Ehre des Offiziersstandes ist ein Gemeingut, welches jedes Mitglied dieser Genossenschaft auf das sorgfältigste zu bewahren durch die bestehenden Ehrengesetze verpflichtet ist. Es muß daher jeder Offizier in den von ihm heraus-

gegebenen Schriften sich aller Ausdrücke über einen oder mehrere seiner Kameraden enthalten, die zur Abhaltung eines Ehrengerichts führen müßten. 6) Unter einem gleichen Gesetze steht die Wahl der tadelnden Ausdrücke über etwanige fremde Kriegseinrichtungen oder in fremden Diensten befindliche Offiziere, da in dem schriftstellerischen Verkehr jedes Heer und jeder Offizier dem andern als ein geachteter Genosse erscheinen muß. Ueber die Zulässigkeit derjenigen Abhandlungen, welche die unter 5) und 6) gedachten Verhältnisse berühren, ist vor der Veröffentlichung jedesmal die Entscheidung der dazu eingesetzten Behörden einzuholen. 7) Wenn hierdurch allerdings für den Offizier, der seine Ruhestunden der Belehrung seiner Genossen durch schriftstellerische Arbeiten widmen will, einige Beschränkungen hervorzugehen scheinen, so sind es doch nur solche, die ihm seine Dienstpflicht oder die Gesetze der Ehre unabweislich gebieten, und er würde bei ihrer Nichtbeachtung eben so wohl den gesetzlichen Strafen verfallen, als sich selbst die muthwillige Ueberschreitung der dem Staat und seinem eignen Standpunkte schuldigen Pflichten vorzuwerfen haben. Nach diesen Grundzügen wolle ein u. Generalcommando die Wohlthätigkeiten vorkommenden Anträge behandeln lassen, und da, wo eine weitere Beurtheilung nothwendig wird, die Angelegenheit an die zur Beurtheilung der Militärliteratur bereits bestehenden und in fortbauender Wirksamkeit bleibenden Behörden verweisen. Berlin, den 11. Nov. 1842. (Gz.) Der Kriegsminister v. Boyen."

Schweiz.

* **Von der nördlichen Schweizergrenze**, 20. Jan. Der treffliche berner Regierungsrath Dr. Schneider hat die Verhältnisse der Blödsinnigen und Taubstummen zu den übrigen Bewohnern im Canton Bern mit Bezugnahme auf die Bodeneinflüsse ins Licht gestellt. Mit den Erfahrungen hier dürften die Erfahrungen anderwärts übereinstimmen. Im Jurakalkgebiet kommt 1 Blödsinniger auf 614 Nichtblödsinnige, 1 Taubstummer auf 1524 Hörende und Sprechende; im Alpenkalkgebiete gestaltet sich das Verhältniß wie 1 zu 361 und 1 zu 247; im Sandsteingebiet wie 1 zu 271 und 1 zu 166. — Dem churer Bischof Bossi sind die Sterbehelthümer dargereicht worden. Mit ihm erlischt ein bloßes Grubenlicht, und mehr als ein Grubenlicht wird auch sein Nachfolger nicht sein. — Gleich der katholischen Staatszeitung tritt auch das römische Echo vom Jura für die Partei mit großen Verheißungen auf und mustert, die Thörin, die Kräfte der Thörin nach großem Maßstabe. Wir haben auch schon der berner Schweizerzeitung als des Blattes erwähnt, das sonst des bittersten Hasses gegen Berns Gegenwart voll ist; seltsamerweise wird es von Tag zu Tag farb- und lautloser, dagegen läßt sich Baumgartner Blatt um Blatt bitterer über das jetzige Bern vernehmen, jenes Befessenheit ist auf ihn übergegangen, und er hat sie sich angeeignet. Natürlich speit er auch fort und fort gegen Vargau Feuer, sodas ihm der Volksfreund spottend bemerkt: „Die Baumgartnersche Hofzeitung schießt wieder ein paar giftige Pfeile gegen die ihm verhasste aargauer Regierung ab, an der sich ihr Redacteur bekanntlich den besten Zahn ausgebissen hat. Manet alta mento repostum! Ohne den Klosterhandel würde er sich wahrscheinlich den Finger nicht verbrannt haben. — Die Männer, welche sich in Zürich um die Presse des Republikaners, ihre Unlust an den Zuständen ihrer Heimat aushauchend, geschart haben, scheinen bei ihrer Rücksichtslosigkeit und Eingewöhnung in ihre Vorstellungen nicht einmal zu ahnen, das ihrer Betriebsamkeit die deutsche und welsche Schweiz gleich abhold ist, und das sie die gastliche Gesinnung der Schweizer allzu hart auf die Probe setzen, wenn die Zeitumstände neue Auswanderungen bewirkten. Dieses freimüthigst aussprechend, sind wir nicht die Anwälte derjenigen Dinge, denen sie sich feindlich abwenden, und wir halten uns selbst nicht befugt, sie zu richten, wenn wir doch mit ihnen nicht Chor singen wollen. Ihre Gesinnung scheint uns zumal nicht eine willkürlich erzeugte, sondern durch mancherlei Uebergänge vermittelte zu sein.

Δ **Bern**, 20. Jan. Die revidirte Verfassung des Cantons Tessin ist bekanntlich bei der vor einigen Tagen stattgefundenen Volksabmeh- rung verworfen worden. Nur die wenigen Bezirke, worin die kleinen, ziemlich gebildeten Städte, wie Bellinzona, Locarno, Lugano, den Ton angeben und entscheidenden Einfluß ausüben, haben sie angenommen, alle andern Bezirke haben sie, durchweg mit großer Majorität, verworfen. Die Zahl der Annehmenden beträgt etwa ein Drittel, die der Verwerfenden nahe an zwei Drittel der Bevölkerung; ein kleiner Theil hat sich aller Abstimmung enthalten. Dieses Schicksal der revidirten Verfassung ist ein Werk des zürnenden Klerus, der sie auf jede Weise bei der unwissenden, gedankenlosen Menge als Aus- geburt und zugleich als Quelle der Irreligiosität verdächtigte, und zwar darum, weil sie ein bedeutender Fortschritt in Aufklärung und legis- lativer Humanität war. Die Erwerbung des Bürgerrechts, noch mehr die Niederlassung war für Fremde sehr erleichtert, ohne Unterschied der Confession: ein gewaltiger Fortschritt in der katholischen Schweiz. Die

Folge war, daß die Geistlichkeit die Ueberschwemmung des Cantons mit Reformirten und den Untergang des Katholicismus prophezeite. Die Klöster und geistlichen Stifter waren in jener Verfassung nicht garantirt, wie es der Klerus verlangte. Daraus deducirte er dem Volke den handgreiflichen Plan der ruchlosen Radicalen, die kirchlichen Institutionen ganz auszutügel und das System des „famosen Häretikers Strauß“ einzuführen. Die Zahl der in den großen Rath wähl- baren Geistlichen, die früher ganz unbestimmt war, sodas öfter 27—30 derselben in dieser obersten Behörde saßen, war auf 8—9 be- schränkt; das wurde dem Volk als das untrügliche Zeichen der Ver- messenheit „der Partei der Impietät“ dargestellt, da sie sogar die „heiligsten Rechte der Kirche“ mit Füßen zu treten keinen Anstand nehme. Trotz dieses Sieges der römischen Partei, glauben Viele, können sich die Liberalen in diesem Canton doch noch halten; ich glaube das nicht. Sie werden dasselbe Schicksal haben wie im Canton Luzern, und wie dieser Canton wird der Canton Tessin in kurzem die Beute des voll- ständigsten Obscurantismus werden. — Das Programm der Festlich- keiten, die am 22. Jan. bei der Ankunft des Nuntius in Luzern stattfinden sollen, ist nun von der Regierung publicirt worden. Der Nuntius wird mit dem Dampfschiff in Brumen (im Canton Schwyz) abgeholt; beim Aussteigen desselben in Luzern ist der ganze Klerus, alle Cantonalbehörden, voran die Regierung, nicht etwa in einer De- putation, sondern in corpore gegenwärtig — kurz der ganze Staat, nebst allem Reichthum und Schmucke des Staats, legt sich Sr. Un- tertheiligkeit zu Füßen.

Serbien.

** **Belgrad**, 12. Jan. Unser letztes politisches Drama befindet sich hinsichtlich des Fürsten von Serbien, ja unsers Ustavs selbst, trotz des angelangten Berats der Pforte für Alexander Georgievich, noch bis heute in der Verwicklungsperiode, wiewol viele Vorgänge Eingeweihten bereits die Peripetie erkennen lassen, welche der Katastrophe vorangeht. Selbst der öffentlichen Meinung nach, die sich freilich nur schüchtern auszusprechen wagt, dürfte dieselbe kaum anders als mit der Wiedereinsetzung des Fürsten Michael enden. Die Partei des Wucsic's hofft zwar, die Russen würden in Konstantinopel viel fordern und daher wenig erlangen, wogegen die Anhänger Michael's von dem energischen Auftreten Buteniefs Alles für sich und den Fürsten erwarten zu dür- fen meinen. Ihr Glaube dürfte der begründetere sein. Für Rußland mag die Person des vertriebenen Fürsten gleichgültig sein, aber desto mehr liegt ihr an seinem politischen Einfluß in Serbien, Bulgarien und Montenegro. Deshalb wird es wol auch nicht dulden wollen, daß etwas ohne seine Zustimmung geschieht, viel weniger, wenn dies gegen seine politischen Absichten der Fall wäre. Wucsic's, früher des Fürsten Milosch Kutschker, scheint bange Ahnungen, wenigstens per- sönliche Besorgnisse zu hegen. Er besucht seit längerer Zeit nicht mehr die Senatsitzungen, weil er mit den meisten Gliedern zerfallen ist, selbst mit seinem dormaligen Fürsten. Neuerlich erreichte eine dieser Sitzungen einen so hohen Grad von Verwirrung und Animosität, daß man sich mit den Stühlen prügeln zu wollen in Bereitschaft setzte. Wucsic's geht ohne 10—12 schwer bewaffnete Begleiter nicht mehr aus, und in seinem Hause hat er ein Lager für eine Leibgarde über 100 M. errichtet. Serbien ist, so lange die Vertriebenen und Geflüch- teten in Semlin verweilen, außer den Wucsic's'schen Spionen Jedermann hermetisch verschlossen. Täglich jedoch flüchten muthvolle hiesige Unterthanen, unter den Kugeln von Türken und Panduren, nach De- sterreichs gastlichem Ufer. In Orsowa, Kubin, Pancsowa, Semlin, Mit- rowicz u. c. sollen sich über 8000 serbische Flüchtlinge befinden. Kürzlich durchbrachen über 20 Arrestanten ihren Kerker und flüchteten zum Theil mit Eisen an den Füßen zur Save, überfielen die bewaffnete Patrouille, welche sie banden und dann Einige sie nach dem jenseitigen Ufer überzuführen nöthigten. Darunter befanden sich die zwei Hel- denjünglinge, welche in Wien studirt und dasselbe verlassen hatten, um hier einen mißlungenen Versuch zum Aufstande für die Familie Obre- novich zu erregen, ferner fünf Bulgarenhäuptlinge, die durch Zwang und große Versprechungen dahingebacht werden sollten, von Michael gedungen zu sein. Die Heldenmüthigen schwiegen und bekräftigten ihre eignen Gesinnungen mit der Versicherung: „Morgen in Freiheit gesetzt, würden sie wieder eben so handeln.“ Die Kassen sind übrigens geleert, und dies wird die abermalige Umwälzung beschleunigen, sodas die Zeitungen in zwei bis drei Monaten gewiß wieder viel über Ser- bien zu sprechen haben werden.

* **Von der serbischen Grenze**, 16. Jan. Nach Berichten aus Belgrad vom 14. Jan. soll Kiamil-Pascha Berichte aus Konstan- tinopel erhalten haben, welche ihm melden, daß die Pforte nach Mit- theilung der vom Baron Lieven mitgebrachten Beschwerden des russi- schen Hofes in Betreff der neuen serbischen Fürstenwahl dem russischen

Gese-
gege-
in ih-
das
schen
Anh-
die
gleich

vor
vertri-
den
rico,
aller
Spig

*
Mund-
dens
sowol
lichste
belieb-
unter
unserer
Liste
Das
der M-
fange

*B
am 21
Leben
und G-
ganzes
gen b-
Thätig-
teind
Glenb

*L
in Pr
und m
von 2
war,
anaton
tan sel
schein

C
eisenba
die Bo
Raspe
Zuges
Ihrer
Ihrer
feines
Bericht
gabe
Lehrung
haben
her der
Was d
Gibe b
rungsp
Nach g
wesentl
bahn in
sen selb
böhmis
die Län
gedehnt
nicht u
unter
Pinie a
kehr, g
durch
die St
Baue,
nahme
europä
und mi

die Bo
Raspe
Zuges
Ihrer
Ihrer
feines
Bericht
gabe
Lehrung
haben
her der
Was d
Gibe b
rungsp
Nach g
wesentl
bahn in
sen selb
böhmis
die Län
gedehnt
nicht u
unter
Pinie a
kehr, g
durch
die St
Baue,
nahme
europä
und mi

Gesandten, Hrn. v. Butenitff, geantwortet habe, daß sie wol einsehe, gegen die Form gefehlt zu haben, allein bei Bestätigung der Wahl in ihrem guten Rechte gewesen sei. Unterdessen geht in ganz Serbien das Gerücht, Rußland bestrebe auf Aufrechthaltung sämtlicher serbischen Privilegien, und dieses Gerücht vermehrt die Zahl der russischen Anhänger mit jeder Stunde. Andere Berichte aus Belgrad melden, die Pforte habe nach der ersten Mittheilung des Barons Lieven so gleich Bucfics und Abraham Petroniewich nach Konstantinopel berufen.

Peru.

Nachrichten aus **Walparaiso** vom 15. Oct. melden, daß der vor einiger Zeit wegen Theilnahme an einer Verschwörung aus Peru vertriebene Oberst **Hercules** mit 300 Mann dorthin zurückgekehrt sei, den bedeutendsten der um die Präsidentschaft kämpfenden Generale, **Torrico**, der ein viel größeres Truppcorps befehligte, geschlagen, sich aller nördlichen Provinzen des Landes bemächtigt habe und an der Spitze einer nicht unbedeutenden Macht stehe.

Literatur und Kunst.

* **Christiania**, 2. Jan. Die Landkarten des Capitains Gerhards **Munthe**, welche durch eine historische Uebersichtskarte Norwegens, Schwedens und Dänemarks im Mittelalter vermehrt worden sind, verdienen sowohl wegen ihres innern Werthes als ihrer äußern Eleganz die rühmlichste Erwähnung. Auch wird uns zum neuen Jahr ein von unserm beliebtesten Schauspielerdichter **Monsen** herausgegebener **Musen Almanach** unter dem Titel: „Das Schneeglöckchen“ (eine Blume, die übrigens in unserer Gegend nicht geblüht) gar freundlich geboten. Unsere **Journalistik** hat sich zwar erweitert, kann aber nicht blühend genannt werden. Das **Morgenblatt**, welches allein durch eine bedeutend zunehmende Zahl der Abonnenten die gebührende Aufmunterung erhält, erscheint seit dem Anfange dieses Jahres in größerem Format.

* **Berlin**, 24. Jan. Im hiesigen wissenschaftlichen Vereine hielt am 21. Jan. Prof. **Westen** einen sehr anziehenden Vortrag über das Leben des Theologen **Matthias Flacius Illyricus**, eines Schülers **Luther's** und **Segners Melancthon's**, der seiner theologischen Meinungen halber sein ganzes Leben hindurch die schwersten Kämpfe und bittersten Verfolgungen bestand, dabei aber doch in einer unermüdblichen schriftstellerischen Thätigkeit beharrte, bis er, nachdem er mit seinen 18 Kindern oft bettend von Ort zu Ort gewandert, endlich zu **Frankfurt a. M.** im tiefsten Elend im Hospital starb.

* **Konstantinopel**, 4. Jan. Der Sultan hat dem Prof. **Dr. Hyrtl** in **Prag** eine goldene emailirte Tabatière, reich mit Brillanten verziert und mit dem Namen **Abdul-Mehschid** geschmückt — sie hat einen Werth von 20,000 Piaßtern — übersenden lassen. Die Veranlassung hierzu war, weil er der medicinischen Schule von **Galata-Seraï** mehrere schöne anatomische Wachspräparate zum Geschenk übersendet hatte. Der Sultan selbst hatte sie bei der letzten Prüfung in **Galata-Seraï** in Augenschein genommen und diese schönen Kunstproducte höchlich bewundert.

Handel und Industrie.

Eisenbahnen. * **Aus Böhmen**, 22. Jan. Die Trage der Staats-eisenbahn von **Prag** bis an die sächsische Grenze beschäftigt natürlich die Localinteressen der nördlichen Theile unsers Königreichs in demselben Maße als früher widerstreitende Projecte und Behauptungen rücksichtlich ihres Zuges von **Wien** bis zu unserer Hauptstadt stattgefunden haben. Einer Ihrer Correspondenten aus **Prag** behauptet in den jüngsten Nummern Ihrer Zeitung, die Richtung der Eisenbahn durch das **Elbthal** sei noch keineswegs durch eine allerhöchste Entschliebung anbefohlen; ein früherer Bericht ebenfalls aus **Prag** widersprach nun in dieser Beziehung der Angabe Ihres wiener Berichterstatters nicht und meinte bloß, daß eine Belehrung über die Beweggründe, welche die Staatsverwaltung veranlaßt haben mochten, so bevölkerte Fabriksbezirke, wie z. B. **Reichenberg**, außer der Verbindungslinie zu lassen, gewiß gewünscht und nöthig wäre. Was die definitiv beschlossene Richtung am linken Ufer der **Moldau** und **Elbe** betrifft, so ist sie, mit der speciellen Angabe aller jener Berührungspunkte, allerdings durch allerhöchsten Beschluß sanctionirt worden. Nach guten Quellen sind wir aber auch in die Lage gesetzt, Ihnen die wesentlichsten Beweggründe, ja die Nothwendigkeit zum Baue der Eisenbahn in der berührten Richtung mitzutheilen, und im Interesse für Sachsen selbst, wo die Wünsche der **Lausitz** ebenfalls, sowie der nachbarlichen böhmischen Fabriksbezirke in gleicher Art, überhört werden mußten. Fällt die Länge eines Eisenbahnzuges zwischen zwei Endpunkten nicht zu ausgedehnt aus, ist der Bau wegen der Terrainschwierigkeiten möglich und nicht unverhältnißmäßig kostspielig, der Betrieb weniger Hemmungen unterworfen; dann freilich muß das erste Augenmerk bei der Wahl der Linie auf jene localen Conjunctionen, Bevölkerung, Industrie und Verkehr, genommen werden. Bei der **Prag-Dresdner Trage** ist jedoch schon durch die Terrainverhältnisse jede Wahl fast überflüssig geworden, wobei die Staatsverwaltung um so weniger mit Anstrengung und Kosten beim Baue, begleitet von so vielen Nachtheilen im Betriebe selbst, eine Ausnahme machen konnte, als die Staatsbahnen vom Gesichtspunkte eines europäischen Verkehrs zwischen dem adriatischen mit dem baltischen Meer und mit der Nordsee ins Leben gerufen werden, und daher die örtlichen

Interessen den allgemeinen untergeordnet bleiben müssen. An speciellen Gründen für den Bau durch das **Elbthal** aber können indessen auch hinlänglich und bis zur Evidenz angeführt werden. Die Entfernung von **Prag** dem **Elbthal** entlang bis **Dresden** beträgt 25 Meilen; durch die **Lausitz** hingegen (böhmischerseits über einen Theil des Riesengebirges, **Eibosch**, **Bittau**, **Baugen** etc.) 33 Meilen. Durch das **Elbthal** kann das **Alignement** auf so entsprechende Weise entwickelt werden, daß der kleinste Krümmungshalbmesser immer noch 2400 Fuß beträgt; während von **Prag** über **Eibosch** und **Gabel** nach **Dresden** die Bahn nicht nur um volle acht Meilen länger, sondern bei Entfaltung unzähliger, den freien und sichern Betrieb hemmender Hindernisse, darunter nicht die unbedeutendsten sehr kurze Halbmesser so vieler Krümmungen wären. Das Profil dieses Bahnzuges fällt dem Auge schon als fast unausführbar auf. Er würde vier große Rücken des Riesengebirges zu überschreiten haben: nämlich 1) von **Eibosch** über **Salschen** und **Herrndorf** hinauf und nach **Niemes** hinab; 2) von da über **Gabel** nach **Pankraz** hinauf und von da nach **Bittau** hinab; 3) von **Bittau** nach **Herrnhut** hinauf und von da nach **Ebbau** und nach **Baugen** hinab; 4) von **Baugen** nach **Bischofswerda** hinauf und von da nach **Dresden** hinab. Das Gefälle auf dieser acht Meilen längern Strecke betrüge im Verhältniß 1:150 vorherrschend, ja von **Langenbruck** abwärts gegen **Dresden** würde es sogar größtentheils 1:100 sein; während das Gefälle der **Elbe** entlang nur 1:2000 ausmacht. Die Schwierigkeiten jener Linie durch die **Lausitz** stellen sich wol am deutlichsten durch nachstehende Ziffern dar. Die Höhe von **Dresden** beträgt in runden Zahlen 30', und zwar von **Prag** 94' über die **Meeresfläche**; dazwischen erheben sich aber als Uebergangspunkte: die Höhe von **Bischofswerda** mit 142', **Herrnhut** mit 179', **Pankraz** mit 189', **Hirschberg** mit 150', und **Reichenberg** bliebe dessenungeachtet in jedem Falle, als unerschwingbar für eine Eisenbahn von **Prag** nach **Dresden**, rechts liegen. Dieser enorme Unterschied würde, außer den ungeheuern Anlagelosten, auch den Betrieb, namentlich zur Winterzeit, schwierig und kostspielig machen, sodas diese gewiß sorgfältig gepflogenen unparteiischen Ermittlungen von Seiten der Staatsverwaltung, wobei die technischen Individuen vielfach controlirt wurden, nichts Anderes als eine für Jedermann beruhigende Nothwendigkeit darstellen.

Eisenbahnen. **Karlsruhe**, 21. Jan. Heute wurde auf der Eisenbahn von hier bis **Durlach** ein Versuch mit einer sogenannten **Eisenbahndraisine**, aus der **Fabrik der H. Kestler** und **Martienzen** dahier, angestellt. Ein solcher vierräderiger Wagen gleicht so ziemlich einer **Carosse** und dient den Ingenieuren, Bahnaufschnern und sonstigen Eisenbahnbeamten zur schnellen Fortbewegung von einer Stelle der Bahn zur andern; sie faßt vier Personen und wird mittels eines Triebrades von zweien derselben so schnell in Bewegung gesetzt, daß die Strecke bis **Durlach** in etwa 15 Minuten zurückgelegt werden kann. Eine ähnliche, noch leichtere Draisine, nur für eine, höchstens zwei Personen bestimmt, wird gegenwärtig in der Wagenfabrik von **Schmieder** und **Mayer** hier angefertigt und soll dieser Tage versucht werden. Letztere soll zur schnellsten Fortschaffung der Briefposten zur Nachtzeit dienen, wo keine Bahnzüge mehr abgehen. (R. 3.)

Gold. **Frankfurt a. M.**, 23. Jan. Edr. 11 Fl. 2 Kr.; Febr. 9 Fl. 39 Kr.; Holl. 10 Fl. St. 9 Fl. 52 1/2 Kr.; 20 Fr. St. 9 Fl. 25 1/2 Kr.; Duk. 5 Fl. 33 Kr.; G. a. M. 373 Fl.

Staatspapiere. **Brüssel**, 21. Jan. Belg. 3pc. 72 3/8; Bkact. 77. **Frankfurt a. M.**, 23. Jan. Destr. Bkact. 1984; 250 Fl. E. 114 1/8; 500 Fl. E. 146; Baitr. 3 1/2 pc. 102 1/4; Bab. 50 Fl. E. 130 1/2; Darmst. 50 Fl. E. 66 3/8; 25 Fl. E. 28 1/8; Nass. 25 Fl. E. 24 1/8. **Paris**, 21. Jan. 5pc. 120. 35; 3pc. 79. 35; Reap. 106. 95; Span. act. 24, pass. — **Wien**, 22. Jan. Bkact. 1612; 250 Fl. E. 111 1/8.

Disconto. **Frankfurt a. M.**, 23. Jan. 2 3/4 %.

Actien. **Frankfurt a. M.**, 23. Jan. Launusb. 384. **Paris**, 21. Jan. Bkact. fr. 3305; belg. 763 1/4; Eis. St. Germ. 868 3/4; Versail. r. 295; l. 117 1/2; Strassb. 202 1/2. **Wien**, 22. Jan. Nordb. 85; Naab. 91 3/8; Mail. 92 1/4.

Berliner Börse, 24. Jan. Neue 3 1/2 pc. Stöschsch. 104 3/8, 4pc. engl. 102 7/8, Prämisch. 94 Br., 3 1/2 pc. Pfandbr. ostpr. 103 1/2, westpr. 102 3/4, schles. 102 1/4, pomm. 103 3/4 Br., kur- und neumarkt. 103 7/8, 4pc. posen. 106 1/2, neue 3 1/2 pc. 102 1/8; Eisenbahn, 5pc. Berlin-Potsdam. 126, Prior.-Act. 103 Br., Anhalt. 108 Prior.-Act. 102 3/8, Frankfurt a. d. D. 104, 4pc. Oblig. 102 3/4 Br., Magdeb.-Leipz. 134, Prior.-Act. 102 3/4, Düsseldorf-Elberf. 64, Prior.-Act. 92 Br., Rhein. 83 1/2, Obligat. 96 1/4, Oberschles. —, Dukat. — Friedrichsd. 113 1/4, Louisd. 110 7/12; Disconto 3 1/2 Proc. — Belg., 5pc. Rothsch. —; Dänem., 3pc. engl. —; Darmst., 25 Fl. E. 16 1/4 Br.; 3 1/2 pc. Hamb. Feuerkassen St.-A. 97; Holl., 2 1/2 pc. Int. 51 1/2; Nass., 25 Fl. E. 14 1/4 Br.; Reap., 5pc. Falcon. —, engl. Rothsch. 102 3/8; Destr., Met. 5pc. —, 4pc. —, 3pc. —, 1pc. 25 1/2; Bkact. 1125 Br., 500 Fl. E. — Br.; Polen, 5pc. Schagobligat. 97 1/2, 4pc. Pfandbr. 95 1/4, neue 94 1/2, Bkcert. —, 300 Fl. E. 85 Br., 500 Fl. E. 88 3/8 Br., Bkcert. à 300 Fl. 102 1/2 Br., à 200 Fl. 29 1/4 Br.; Rußl., 5pc. Cert. 108 1/2 Br., Hope 102 3/4, 4pc. 93 3/8, Drig. Stiegl. 93 1/4, 5pc. engl. 113 1/12. — In Staatspapieren und Eisenbahn-Actien fand auch heute kein Umsatz von Belang statt; von ersteren stellten sich besonders Polnische 300-Fl. niedriger, von letzteren hingegen Magdeburg-Leipziger höher.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Ankündigungen.

(Zusätze nehmen an: in Leipzig die Expedition; in Berlin die Gropius'sche Buch- u. Kunsthandlung; in Breslau die F. C. G. Leuckart'sche Buchhandlung; in Dresden C. Pletsch u. C.; in Frankfurt a. M. W. Kähler; in Hamburg J. K. Meißner's Verlagbuchhandlung; in Magdeburg W. Heinrichshofen; in Paris Brockhaus u. Venard; in Schaffhausen die Brodtmann'sche Buchhandlung.)

In der Unterzeichneten ist soeben erschienen:

[190]

Betrachtungen auf dem Gebiet der Verfassungs- und Staatenpolitik

von dem Staatsminister **J. von Zückheim.**

Erster Band. Broschirt 2 Fl. 12 Kr. oder 1 Thlr. 8 gGr. (10 Ngr.)

Inhalt: 1) Ueber den Character der Zeit im Allgemeinen. 2) Ueber die geschichtlichen Grundlagen der Staatsverfassungen. 3) Nationalität. 4) Volkssouveränität und Legitimität. 5) Ueber das demokratische Princip überhaupt und die Republik. 6) Das aristocratische Princip. 7) Die Monarchie im Allgemeinen. 8) Die beschränkte Monarchie oder das Repräsentativsystem. 9) Volkvertretung in der Monarchie. 10) Erbadel. 11) Das System der Ständegliederung in seiner Durchführung.

Das Ganze wird aus 2 Bänden bestehen, von welchen jeder ein für sich bestehendes Werk bildet und einzeln abgegeben wird.

Freiburg, im Januar 1843.

Gerder'sche Verlagshandlung.

[194]

Neuigkeiten und Fortsetzungen,

versendet von

F. A. Brockhaus in Leipzig im Jahre 1842.

N^o. IV. October, November und December.

Nr. I, II und III, Januar bis September, befinden sich in Nr. 141, 146 148, 194, 206 und 316 dieser Zeitung.

76. **Antiquitäten-Liste des Officier-Corps der Königl. Preuß. Armee für das Jahr 1842.** Entworfen nach den Ranglisten und Militär-Wochenblättern von dem Oberlieutenant a. D. **Mansfeldt.** Gr. 8. Geh. 2 Thlr.
77. **Clementine.** Gr. 12. Geh. 1 Thlr.
78. **Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste,** in alphabetischer Folge von genannten Schriftstellern bearbeitet, und herausgegeben von **J. G. Ersch** und **J. G. Gruber.** Mit Kupfern und Karten. Gr. 4. Cart. Pränumerationspreis für den Theil auf Druckpap. 3 Thlr. 25 Ngr., auf Belinapap. 5 Thlr., auf extrafeinem Belinapap. im größten Quartformat mit breitem Stegen (Prachtexemplare) 15 Thlr.
- Erste Section (A—G). Herausgegeben von J. G. Gruber. 37ter Theil (Erhaben — Erz- und Ertruchesse).
- Zweite Section (H—N). Herausgegeben von G. H. Hoffmann. 21ter Theil. Johann — Johann-Boniten.)
- Dritte Section (O—Z). Herausgegeben von M. H. E. Meier. 17ter Theil. (Perikles — Perse Rasch.)
- Für den Ankauf des ganzen Werkes, sowie auch einer Anzahl einzelner Theile zur Ergänzung unvollständiger Exemplare, gewähre ich die billigsten Bedingungen.
79. **Heinsius (W.), Allgemeines Wörter-Regikon,** oder alphabetisches Verzeichniß aller von 1700 bis zu Ende 1841 erschienenen Bücher, welche in Deutschland und in den durch Sprache und Literatur damit verwandten Ländern gedruckt worden sind. Nebst Angabe der Druckorte, der Verleger, des Erscheinungsjahrs, des Formats, der Bogenzahl, der Preise etc. Neunter Band, welcher die von 1835 bis Ende 1841 erschienenen Bücher und die Berichtigung früherer Erscheinungen enthält. Herausgegeben von **D. W. Schulz.** Erste Lieferung (A — Beschreibung). Gr. 4. Geheftet. Druckpap. 25 Ngr., Schreibpap. 1 Thlr. 6 Ngr.
- Der erste bis siebente Band von Heinsius' Wörter-Regikon kosten zusammengekommen im herabgesetzten Preise 20 Thlr.; auch sind einzelne Bände zu verhältnißmäßig billigen Preisen zu haben. Der achte Band, welcher die von 1825 bis Ende 1834 erschienenen Bücher enthält, kostet auf Druckpap. 10 Thlr. 15 Ngr., auf Schreibpap. 12 Thlr. 20 Ngr.
80. **Herbart's (J. F.) kleinere philosophische Schriften und Abhandlungen,** nebst dessen wissenschaftlichem Nachlasse. Herausgegeben von **Georg Hartenstein.** Zweiter Band. Gr. 8. 3 Thlr. 15 Ngr.
- Der erste Band, welcher zugleich eine ausführliche Einleitung des Herausgebers über H. F. Herbart's Leben und Schriften enthält, kostet 3 Thlr.; der dritte Band, womit diese Sammlung geschlossen sein wird, erscheint im Jahre 1843.
81. **Kaltschmidt (J. F. S.), Neues und vollständiges Fremdwörterbuch,** zur Erklärung aller aus fremden Sprachen entlehnten Wörter und Ausdrücke, welche in den Künsten und Wissenschaften, im Handel und Verkehr vorkommen, nebst einem Anhange von Eigennamen, mit Bezeichnung der Aussprache bearbeitet. In zehn Heften. Zweites Heft. (Brachypnoisch — kritisch.) Gr. 8. Jedes Heft 8 Ngr.
82. **Koenig (S.), Regina.** Eine Herzengeschichte. — Auch u. d. Tit.: Deutsches Leben in deutschen Novellen. Erstes Bändchen. Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 6 Ngr.
- Von S. Koenig erschien früher bei mir:
- Die hohe Braut.** Ein Roman. Zwei Theile. 8. Geh. 1833. 4 Thlr.
- Die Bußfahrt.** Trauerspiel in fünf Aufzügen. 8. Geh. 1836. 20 Ngr.
- Die Waldenser.** Ein Roman. Zwei Theile. 8. Geh. 1836. 4 Thlr.
83. **Löbe (William), Naturgeschichte für Landwirthe, Gärtner und Techniker.** Mit 20 lithographirten Tafeln. In fünf Heften. Viertes und fünftes (letztes) Heft. Gr. 8. Jedes Heft 12 Ngr.
84. **Märcker (Arg.), Das Burggrafthum Meissen.** Ein historisch-publicistischer Beitrag zur sächsischen Territorialgeschichte. Aus archivalischen Quellen. Nebst einem Urkundenbuche. — Auch u. d. Tit.: Diplomatisch-kritische Beiträge zur Geschichte und dem Staatsrechte von Sachsen. Erster Band. Gr. 8. Geh. 3 Thlr.
85. **Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände. (Conversations-Regikon.)** Neunte verbesserte und sehr vermehrte Originalausgabe. Vollständig in funfzehn Bänden oder einhundert-undzwanzig Heften. Erstes und zweites Heft. (A—Albrecht.) Gr. 8. Geh. Jedes Heft 5 Ngr.
- Ein ausführlicher Prospect dieser neuen Auflage des **Conversations-Regikon** ist in allen Buchhandlungen gratis zu erhalten, wo auch fortwährend Subscription angenommen wird.
86. **Repertorium der gesammten deutschen Literatur.** (Neunter Jahrgang für das Jahr 1842.) Herausgegeben im Verein mit mehreren Gelehrten von **E. G. G. Gerdtorf.** (Beigegeben wird: **Allgemeine Bibliographie für Deutschland.**) Vierunddreissigster Band. Gr. 8. Jeder Band in 14 tägigen Heften 3 Thlr.
87. **Ross (L.), Inscriptiones Graecae ineditae.** Fasc. II. Insunt lapides insularum Andri, Ji, Teni, Syri, Amorgi, Myconi, Pari, Astyracae, Nisyri, Teli, Coli, Calymnae, Leri, Patmi, Sami, Lesbi, Therae, Anaphae et Peparethi. 4maj. Geh. 2 Thlr.
- Fasc. I. (Inscriptiones Arcadicae, Laconicae, Argivae, Corinthiae, Megaricae, Phocicae) erschien 1834 und kostet 1 Thlr. 10 Ngr.
88. **Zur Nachfolge Christi.** Eine Legenden-sammlung von **Ed. von Bülow.** 8. Geh. 1 Thlr. 6 Ngr.

Im Verlage von **August Campe** in Hamburg ist erschienen und wird sowie der übrige Verlag desselben von **F. W. Brockhaus** in Leipzig debittirt:

Krendt (S. S. W.), Kleine Rechen-schule, oder leichtes Rechenbuch für die ersten Anfänger. Vierte Auflage. 8. 10 Ngr.

Gasthofs-Verpachtung.

Ein frequenter Gasthof zwischen Halle und Sangerhausen, an der Kasseler Straße, ist zu Johanni d. J. zu verpachten. Pachtliebhaber haben sich an die Expedition der Leipziger Allgemeinen Zeitung unter der Chiffre X. X. X. zu wenden.

[189]

Gasthäuser

im Preise zu 14,000 und 26,000 Thlr., Fabriken, Wasser- und Windmühlen, sind zum Verkauf dem **Adress-Bureau** in Groß-Glogau übergeben. [7404—6]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, den 27. Jan. Zum ersten Male: **Nacht und Morgen,** Dramatisches Gemälde in 4 Akten und 5 Akten, nach Bulwer's Roman gleichen Namens von Charlotte Birch-Pfeiffer. [193]